

Úvodní stránka>Vaše práva>Vaše práva v environmentální oblasti

V oblasti občanskoprávní budou podle práva EU pokračovat probíhající řízení a řízení zahájená před koncem přechodného období. Portál e-Justice bude na základě vzájemné dohody se Spojeným královstvím uchovávat příslušné informace týkající se Spojeného království do konce roku 2024.

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten

Spojené království

Verfassungsrechtlichen Grundlagen**Justiz****Fälle, in denen der Zugang zu Informationen****Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in****Den Zugang zu Gerichten gegen Handlungen oder Unterlassungen****Andere Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten****Klagebefugnis****Rechtliche Vertretung****Nachweise****Vorläufiger Rechtsschutz****Kosten****Finanzhilfe-Mechanismus****Aktualität****Sonstiges****Ein Ausländer, der****Grenzüberschreitende Rechtssachen****Einleitung**

Das Vereinigte Königreich umfasst England, Schottland, Wales und Nordirland. Außerdem hat die internationale Verantwortung für Gibraltar, Guernsey, Jersey und der Insel Man. Die einschlägigen Rechtsvorschriften für England und Wales, Nordirland und Schottland im Haupttext aufgeführt. Siehe gesonderten Anhängen mit Informationen über Gibraltar, Guernsey, Jersey und der Insel Man.

contentMaximisation.do?clang=en&idTaxonomy=300&idCountry=UK&idSubpage=1&member=1&action=maximizeMS

contentMaximisation.do?clang=en&idTaxonomy=300&idCountry=UK&idSubpage=3&member=1&action=maximizeMS

contentMaximisation.do?clang=en&idTaxonomy=300&idCountry=UK&idSubpage=4&member=1&action=maximizeMS

contentMaximisation.do?clang=en&idTaxonomy=300&idCountry=UK&idSubpage=2&member=1&action=maximizeMS

Ich verfassungsrechtlichen Grundlagen

Das Vereinigte Königreich ist nicht eine einzige schriftliche Verfassung verankert sind. Umweltaktionen, die in Bezug auf die Entscheidungen einer Behörde eingeleitet werden kann, gemäß Artikel 8 oder Artikel 1 des Protokolls 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention, in denen es Eingriff in die ungestörte Nutzung eines Besitz. Das Übereinkommen im Vereinigten Königreich durchgeführt wird, der „Human Rights Act“ von 1998. Die Vertragsparteien können sich nicht unmittelbar auf die Bestimmungen eines internationalen Vertrags, der nicht im Recht des Vereinigten Königreichs umgesetzt wurde, durch einen Rechtsakt des Sekundärrechts oder des Parlaments versuchen, ein Gericht in einer Weise auszulegen, dass die Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen.

Die Gerichte und Verwaltungsbehörden des Übereinkommens von Århus nicht unmittelbar angewandt, es sei denn, dass sie für diejenigen Bestimmungen umgesetzt wurden, oder eine Handlung oder durch EU-Recht direkt anwendbar ist, die im nationalen Recht – Morgan/Hinton organische Stoffe (wessex) Ltd [2009] EWCA Civ 107. Bei Walton/Scottish Ministers [2012] UKSC 44 hieß es, dass der Ausschuss zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens von Entscheidungen mit Respekt behandelt werden sollten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass nach der Unterzeichnung (nach der Ratifizierung) bestätigte das Vereinigte Königreich gab folgende Erklärung in Bezug auf das Übereinkommen von Aarhus:

„Das Vereinigte Königreich erkennt die Bezugnahmen in Artikel 1 und im siebten Erwägungsgrund der Präambel des Übereinkommens die „richtige“ „jeder Person hinreichend in einer Umwelt leben kann, die für seine Gesundheit und sein Wohlergehen“, ein Ziel für die Aushandlung dieses Übereinkommens vollständig und die vom Vereinigten Königreich geteilt. Die gesetzlichen Rechte zu gewährleisten, verpflichtet sich jede Partei gemäß Artikel 1 sind beschränkt auf die Rechte auf Zugang zu Informationen, auf Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und auf Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen.“

Justiz II**Gerichte**

Im Umweltbereich gibt es keine Gerichte im Vereinigten Königreich. In England und Wales, Nordirland (e&w) und Umwelt (N.I.) in Strafsachen beginnen die Magistrates' Court – unter dem Vorsitz von Richtern oder ein Bezirksrichter festzulegen. In den schwerwiegendsten Fällen Crown Court werden durch einen Richter und Jury zugleich verhängt werden. In Schottland geringfügige Straftaten zuständig sind, die Gerichte, die schwerere Fälle in der Sheriff Court versucht werden von einem Sheriff, allein oder mit einer Jury. Die schwerwiegendsten Fälle finden vor dem High Court of Judiciary durch einen Richter und Jury zugleich verhängt werden.

Richter und Staatsanwälte gesetzlich (Sheriffs ausgehenden Fällen) – entscheiden kann, dass Belästigungen durch Gesetz festgelegt sind, mit dem Ziel, zur Verringerung der Umweltbelastung und als Schadensersatz. In Zivilsachen und n.u. e&w ausgehenden Maßnahmen wie in der Regel von einem Amtsgericht in Circuit Judge e&w und Richter von einem County Court in NI. Komplizierteren Fällen von hohem Wert sind oder vor dem High Court versucht habe, die von einem Richter am Obersten Gerichtshof. Ist die Technologie und den Bau einer Division des High Court e&w technisch komplexer Fragen spezialisiert ist. Die geringfügigen Forderungen in Schottland der Sheriff Court gehört werden und nicht mehr in den späteren House of the Court of Session.

Fälle, in denen eine gerichtliche Überprüfung von Entscheidungen der Exekutive oder der lokalen Gebietskörperschaften durch die o.a. und e&w für Verwaltungsrecht zuständigen Kammer des Obersten Gerichts von einem Richter am Obersten Gerichtshof. In Schottland sind diese Sitzungen von dem Gericht entscheiden.

Richter werden aus den Rechtsberufen und haben in der Praxis, eine bestimmte Anzahl von Jahren vor der Anwendung für das Richteramt. Wie viele e&w Bild-, Teilzeit begonnen, und zwar vor dem Richter zu Richter des Obersten Gerichts Stromkreis oder. Sie beginnen häufig in Schottland oder in Teilzeit Sheriffs erfahrene Anwälte und wurden sie als Stellvertreter in NI Teilzeit Sitzung beginnen. Die Richter sind unabhängig vom Staat. Im Umweltbereich gibt es zwar keine Richter haben Richter, die mit Fällen von Fachwissen in diesem Bereich aufgebaut.

Gerichte

In e&w ist dann, wenn eine Entscheidung, die Klägerin nicht bestritten – sondern ein Kritiker – gegen die Entscheidung Beschwerde einlegen kann. Das Rechtsmittel wird von einer Aufsichtsperson der Planning Inspectorate). Zudem wird sie von einem Antragsteller oder Genehmigungsinhaber bei Beschwerden gegen Entscheidungen der für Genehmigungen, Lizenzen zur Wasserentnahme und anderen umweltrechtlichen Fragen. In Schottland sind diese Beschwerde durch einen Berichterstatler ernannt, die von der Direktion für Planung und Umweltplanung Beschwerden oder für bestimmte Anträge der Raumplanung, der Stelle für die lokale Planungsbehörde, je nach Umfang der Entwicklung eigener Verfahren und Planungsbehörden. In Nordirland werden die Einsprüche bei der Kommission Beschwerden seitens der Kommissionsmitglieder.

Wenn sie unter Verstoß gegen bestimmte in den einschlägigen Umweltvorschriften e&w zivilrechtliche Sanktionen verhängen kann, statt sich Strafverfahren – die zivilrechtliche Sanktionen (England) Order 2010 (SI 2010/1157 (W. 2010/1821). Beschwerden im Zusammenhang mit den entsprechenden Sanktionen ist das First-tier Tribunal (Umwelt). Die Gesetzgeber in Nordirland und Schottland erwägen ähnliche Bestimmungen.

„Forum Shopping“

Gibt es kein Forum shopping für verschiedene Arten von Gericht in Zivilverfahren im Vereinigten Königreich. Ein Kläger kann eine Klage erheben kann, wenn sie in unterschiedlichen örtlichen Gerichten in einem Gebiet leben, aber in einem anderen Gebiet der Schaden entstanden ist. In Schottland kann der Kläger in bestimmten Fällen die Wahl zwischen der Erhebung einer Klage in der Sheriff Court und dem Court of Session. In Strafsachen (e&w) kann sich der Beklagte in den „Magistrates' Court“ oder wenn die Straftat der Crown Court ist ein Unternehmen, das vom Gericht gehört werden kann.

Außerordentliche Rechtsbehelfe und Rechtsmittel

Beschwerden gegen Richter und n.u. e&w von einem Richter vorgeführt werden, der Gerichtshof (Bezirk N.I.). Wird der Rechtsbehelf, der dann dem beklagten Staat verlangen kann einen Richter des Obersten Gerichtshofs. Beschwerden gegen die Krone oder County Court, der Court of Appeal, Criminal Division). Vom Court of Appeal Rechtsmittel an den Obersten Gerichtshof.

Beschwerden gegen die Entscheidung in einer Zivilklage wird entweder ein Richter am Obersten Gerichtshof oder das Berufungsgericht errichtet werden, in Abhängigkeit von der Art des Falles ab. Der Rechtsbehelf muss dem Gerichtshof die entsprechende Genehmigung einzuholen. Aus einer Entscheidung des High Court Rechtsmittel ein Zivil- oder Verwaltungssache nicht in den Court of Appeal und erneut eine Erlaubnis erforderlich ist.

In Schottland sind die Appelle der Anhörung durch die Sheriff Court of Session (Inner House). Von dort Rechtsmittel zum Supreme Court im VK gehen. Die Sheriff sind strafrechtliche Rechtsmittel vor dem High Court of Judiciary. Gibt es in Schottland einen separaten Weg zu gehen, der EMRK Rechtsmittel beim Supreme Court ein.

Im Vereinigten Königreich gibt es einen außerordentlichen Rechtsbehelf wie Unterlassungsklagen/interdicts verbieten, verbindliche Beschlüsse und Verordnungen. Diese werden im Folgenden erörtert.

Kassation

Im Vereinigten Königreich, wo bei einer gerichtlichen Überprüfung einer Verwaltungsentscheidung, die der Gerichtshof nur befugt, hebt diese zu bestätigen, zu verlangen, eine Behörde oder eine Untätigkeitsklage zu beheben. Das Gericht habe sich nicht an die Stelle des Verwaltungsorgans und für sie entscheidet. Das Berufungsgericht in Strafsachen verhängt wird, das sie für geeignet halten, die ihnen nicht die Sache an das untere Gericht (e&w). Bei der Planung/Umweltgenehmigung Rechtsmittel können die Entscheidungsträger eine wesentliche Änderung des ursprünglichen Beschlusses.

Justizielle Verfahren

Strafverfahren im Vereinigten Königreich von Staatsanwälten in e&w (und von öffentlichen Behörden oder Privatpersonen). Sie werden durch die Ausstellung eines begonnen, in die Informationen e&w (Magistrates' Court), Vorladungen beim Magistrates Court (NI) oder durch Beschwerde an den „Sheriff Court“ oder beim Gericht oder eine Anklage in der Sheriff Court und High Court (Schottland). (Umwelt) wird in der Regel e&w wurde durch die Environment Agency, die natürlichen Ressourcen Stelle oder der lokalen Gebietskörperschaften für Wales.

In Zivilverfahren auf Schadensersatz und n.u. e&w geregelt sind, oder der High Court Kreisgerichten im Rahmen des Civil Procedure Rule 1988, die die Art und Weise, in der die Fälle festgelegt und erhoben werden sollte. In Nordirland beim Amtsgericht (Northern Ireland) 1981 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs oder des Gerichts (Northern Ireland) 1980 Anwendung. Das Verfahren ist in Schottland der Sheriff Court vorgesehenen normalen führen in Rechtsvorschriften oder der Bestimmungen des Court of Session. Im Umweltbereich werden in der Regel ausgehenden Maßnahmen oder auf Fahrlässigkeit zurückzuführen sind.

Maßnahmen, die einer gerichtlichen Prüfung zu unterziehen, die Entscheidung einer Behörde vor dem High Court eingeleitet werden gemäß Regel 54 der Civil Procedure Rules in e&w, Order 53 der Verfahrensordnung der Gerichts Judicature Act (Northern Ireland) 1980 oder Regel 58 der Verfahrensregeln des Court of Session. Im Umweltbereich werden in gleicher Weise wie andere gerichtliche Überprüfungen führen.

Klage von Amts wegen

Britische Gerichte genutzt, anstatt ein kontradiktorisches Verfahren, was einem inquisitorisch ausgerichteten Common Law Erbe des Landes. Daher muss der Fälle und die Einleitung einer Maßnahme nicht von Amts wegen. Wenn ein Fall vor Gericht anhängig ist, kann der Gerichtshof von Amts wegen Fragen aufwirft, jedoch die Parteien die Möglichkeit erhalten müssen, um dem Richter zu ermöglichen.

III Zugang zu Informationen

Die entsprechenden Bestimmungen des Übereinkommens von Aarhus und der Richtlinie 2003/4/EG über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen umgesetzt werden und durch die o.a. e&w Environmental Information Regulations 2004 (SI 2004/3391), in Schottland der Umweltinformationen (Schottland) 2004 (SSI 2004/52). Diese Ergänzung des Freedom of Information Act 2000 (e&w und N.I.) und der Informationsfreiheit (Scotland) Act 2002.

Rechtsbehelf

Ist ein Antragsteller der Auffassung, dass Informationen bei der zuständigen Behörde einen Antrag auf der ersten Stufe wird zurück an die Behörde und im Rahmen der Verordnung 11 (e&w N.I.) oder 16 (s), und ersucht sie, ihre Entscheidung zu überprüfen. Unzufrieden, wenn der Antragsteller noch eine Beschwerde nach diesem Vorgang dann e&w geleistet werden kann und bei dem Information Commissioner's Office n.i.to nach Abschnitt 50 des Gesetzes von 2000 muss den schottischen Information Commissioner oder nach Section 47 des Gesetzes von 2002. Einsprüche gegen die Entscheidung des Commissioner und werden in der Regel in o.a. e&w oder an das First-tier Tribunal beim Court of Session in Schottland.

Wenn Sie eine Behörde den Antrag der Klägerin schriftlich mitzuteilen und zu erklären, warum der Antrag abgelehnt wurde. Es muss gesagt werden, was 14 (3)&(4) Ausnahmeregelungen (Verordnung (EG) N.I e&w und & 13 (b) (c) S) tun kann und was die Klägerin, wenn sie die Entscheidung anfechten will, reg. 14 (5) OR13 (E)

Verfahren

Die Verpflichtung auferlegen, die auf eine öffentliche Behörde, die über Umweltinformationen auf Anfrage zugänglich zu machen. Diese Verpflichtung wird mit einer Reihe von Ausnahmen in den Verordnungen 12 und 13 e&w N. I., 10 & 11 und S). Die Ablehnung eines Antrags auf Zugang zu Informationen über die Umwelt ist so bald wie möglich schriftlich und spätestens 20 Tage (oder 40 Tage in einem komplexen Fall, Reg. 7 (beide) nach dem Tag des Eingangs des Ersuchens, Reg. 14 (13 S). Eine Person, deren Antrag abgelehnt worden ist, kann die Behörde ersuchen, ihren Beschluss zu überprüfen. Die Entscheidung muss so bald wie möglich und nicht später als 40 Tage nach Eingang des Antrags auf Überprüfung, Regel 11 (16 S). Wenn die Verweigerung der Offenlegung bleibt die Person, deren Antrag abgelehnt wurde (nachstehend „Antragsteller“ genannt) kann eine Entscheidung der Kommission, Abschnitt 50 des Gesetzes von 2000 in der durch die Verordnung von 18 (e&w angewandt und N.I.), s (Abschnitt 47). Die Kommissarin wird eine förmliche Entscheidung MITTEILUNG GEMÄSS ABSCHNITT 50(3), 49(5) (s) zur Anwendung. Der Antragsteller oder die Behörde können beim Gericht Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Commissioners Klage gemäß Abschnitt 54, – Urteil Rechtsmittel beim Court of Session (Abschnitt 56, S). Ein Rechtsmittel in o. a. e&w und dem Gericht durch das Gericht unterliegt (First-tier Tribunal (General Regulatory Chamber) Rules von 2009. Eine Beschwerde ist beim Gericht innerhalb von 28 Tagen nach dessen Entscheidung Rule 28 (1). Ein auf Rechtsfragen beschränkter Rechtsbehelf beim Tribunal Rechtsmittel beim Upper Tribunal.

Die Commissioners bestritten wird und Informationen über die Einreise und e&w (N.I.) und Abschnitt 55 (s) Abschnitt 54, wo Sie weitere Informationen erhalten können, wenn sie der Ansicht sind, dass die Vorschriften nicht eingehalten werden. Wird die Weitergabe von Informationen, wenn sie vor Gericht angefochten wird, um dem Gerichtshof die Angaben und entscheiden, ob sie freigegeben werden sollten, unter Hinweis auf seinen Inhalt.

Gerichte können offenzulegenden Informationen in Zivil- und Strafverfahren. Dies wird gemäß Regel 31 der Civil Procedure Rules (e&w) (Art. 9a, Sheriff Court ordentlichen verursachen (s) oder Teile 21-26 der Strafprozessordnung (Criminal Procedure) Kapitel 7a e&w (s).

IV Die Beteiligung der Öffentlichkeit Zugang zu Gerichten in

Verwaltungsverfahren

Umweltrechtlichen Genehmigungen wie Genehmigungen für Wasserentnahmen aus Abfalldeponien Lizenzen erteilt werden oder von der Umweltagentur (e), das Department of the Environment in NI durch das Northern Ireland Environment Agency, The Scottish Environment Protection Agency, oder der natürlichen Ressourcen in Wales („Agenturen“). Auch die Durchsetzung des Umweltschutzes stellen Rechtsvorschriften wie die grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen den Verordnungen 2007 und die Producer Responsibility Obligations (Packaging Waste) Regulations 2007. Die Verordnung der Meeresumwelt ist hauptsächlich in den Händen der e&w (die Marine Management Organisation, N.I.) und die Erteilung von Genehmigungen nach Teil 4 der Marine and Coastal Access Act 2009. Genehmigungen für Schottland übertragen, die eine ähnliche Rolle in den Gewässern um Schottland. In Bereichen wie Naturschutz und Überwachung der Gebiete von besonderem wissenschaftlichem Interesse in NI (bekannt als Gebiete von besonderem wissenschaftlichem Interesse Natural England) werden von der Northern Ireland Environment Agency, vertreten durch in Wales, Scottish Natural Heritage und Einrichtung von den natürlichen Ressourcen.

Diese stellen wesentliche Umweltthemen betreffen. Die lokalen Gebietskörperschaften spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Lizenz für bestimmte Anlagen, die Luftverschmutzung verursachen kann, Überwachung der Trinkwasserqualität und Naturschutzaspekten beteiligt werden. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Sanierung von kontaminierten Flächen im Rahmen von Teil II des Environmental Protection Act 1990. Des Environmental Protection Act 1990 erstreckt sich nicht auf NI. Kontaminierte Flächen in NI ist in Teil III der Abfälle und verschmutzte Böden (Nordirland) Order 1996, die noch nicht begonnen worden.

Die Beschlüsse dieser Gremien, wie die, ob auf lokaler oder nationaler Ebene, sind in der Regel Gegenstand eines Rechtsbehelfs beim Staat (Secretary of State), schottischen und walisischen Ministern. So wird zum Beispiel durch die Agenturen einen Beschluss zur Ablehnung einer Zulassung/Genehmigung der Wasserentnahme Controlled Activities Regulations (CAR) eingelegt werden kann oder der Secretary of State, der Minister der abgelehnten Antragsteller. Ein solches Rechtsmittel in NI in der Kommission liegen.

Appelliert an den Secretary of State, der Minister oder der Kommission nur in Frage gestellt werden, die Antragsteller zur Verfügung stehenden usw. oder der Person, gegen die die Vollstreckung anzukündigen. Sie werden nur selten direkt vor Gericht gehen können. Jede andere Person, die ein Interesse an der betreffenden Angelegenheit und möchte, die erstinstanzliche Entscheidung kann eine gerichtliche Überprüfung zu erheben sollte.

Die gerichtliche Überprüfung der Verwaltungsverfahren

In der Regel sollte ein alternatives Rechtsmittel ausgeschöpft werden, bevor eine gerichtliche Überprüfung zu beantragen. Diese Regel ist nicht ausschlaggebend, sondern der Antragsteller muss die Erlaubnis des Gerichts, die Klage zu erheben und diese Genehmigung kann versagt werden, wenn alternative Rechtsmittel nicht ausgeschöpft haben – z. B. R (Davies & Regionen in äußerster Randlage) gegen Financial Services Authority [2003] EWCA Civ 1128. In Schottland beim Court of Session, Kapitel 58.3 vorgesehen, dass Überprüfungen eingeleitet, wenn die Angelegenheit nicht geregelt werden konnten im Rahmen des Überprüfungs- oder Rechtsbehelfsverfahrens oder nach Maßgabe eines Gesetzes.

Gerichtliche Überprüfung in Schottland und NI e&w, verfahrenstechnische Unregelmäßigkeiten untersucht werden. Einbezogen werden können, um Probleme wie diejenigen, die nicht auf angemessene Weise von einer Regelung betroffen sein können (Greenpeace Ltd) – R/Secretary of State [2007] EWHC 311 (ADMIN) – Nichteinhaltung Verfahrensschritte, die in den einschlägigen Rechtsvorschriften oder Regelungen – R (Kerr-)/Cambridge City Council [2011] EWHC 1623 (ADMIN) – und der unzureichenden Begründung der Entscheidung – R (London Borough of Hillingdon) gegen den Secretary of State for Transport [2010] EWHC 626 (ADMIN).

Das Gericht wird sich mit der materiellen Rechtmäßigkeit der Entscheidung. Die Behörde handelt im Rahmen der Zuständigkeiten, die ihr durch das Europäische Parlament – Stewart/Perth und Kinross abgeschlossen wurde [2004] des Rates (hl) 71. Wenn dies nicht der Fall ist, die Ausübung einer Befugnis gehe über die Befugnisse – außerhalb der Einrichtung und aufgehoben werden. Werden die Gerichte nicht an Mutmaßungen darüber jedoch eine demokratisch gewählte Behörde oder eine Stelle wie der Umweltagentur vom Parlament ernannt wird, die gesetzlichen Befugnisse auszuüben; Die Behörde zur Ausübung dieser Befugnis eingeräumt wurde, nicht den Gerichten der Agentur. Entscheidung in der Sache, wenn sie so ungereimt sind, dass keine angemessenen, gut beraten, hätte es dann aufheben kann ein Gericht technoprint – R (Rat der Stadt Leeds) Ltd [2010] EWHC 581 (ADMIN).

Gerichte werden im Allgemeinen nicht überprüft, materieller und technischer Feststellungen und Berechnungen in einem Verfahren zur gerichtlichen Überprüfung. Sofern eine Vertragspartei die Erteilung dieser Fragen zu Recht angesehen werden von der Behörde festgelegt. Im Falle eines Rechtsstreits kann es in den Dokumenten behandelt werden oder, in seltenen Fällen, durch Kreuzverhör von Zeugen – McVEY) (R/Secretary of State for Health, [2010] EWHC 437 (ADMIN).

Überprüfung der Flächennutzung

Flächennutzungsplanung in e&w gemäß dem Town and Country Planning Act 1990 (Planning (N.I.) Order 1991. Schottland – Town and Country Planning (Scotland) Act 1997). In e&w, regionale Strategien sind in Teil 5 der Demokratie auf lokaler Ebene, wirtschaftliche Entwicklung und die lokale Entwicklung

Baugesetzes 2009 Dokumente werden in Teil 3 (Abschnitt 6 (b)), der Planung und der Zwangsenteignung Act 2004. Den Planning Act 2008 enthält eine besondere Regelung für Großprojekte wie Flughäfen oder große Talsperren. Derartige Projekte können in Nordirland unter Artikel 31 der Planung (Northern Ireland) Order 1991. Das Gesetz von 1997 bestimmt in Schottland im nationalen Rahmenplan (Teil 1a) und für strategische und lokale Entwicklungspläne (Teil II).

In England, Wales und Nordirland ist für alle diese Strategien oder Pläne werden in der Regel eine öffentliche Untersuchung unterzogen werden. Ein Inspektor (Kommissionsmitglied n.u. berichtspflichtiges Institut (e)) wird die Untersuchung und Bericht an den Secretary of State (e) oder der Minister (n.u. s&w). Der Secretary of State oder eine Behörde kann verlangen, dass Teile des Plans zu überprüfen.

In Schottland beim Court of Session veröffentlichten nationalen Planungsrahmen wird nach einer öffentlichen Anhörung und parlamentarische Prüfung; strategische und lokale Entwicklungspläne und unterliegen der durchgeführten Untersuchungen von Journalisten, die in ungelöste Fragen aufgrund der öffentlichen Konsultation.

Sobald eine Strategie oder einen Plan wurde von der Überwachungsbehörde genehmigten förmlich angefochten werden muss, dass diese Genehmigung innerhalb von sechs Wochen. Die Herausforderung kann nur von einer „Person“ durch ein entsprechendes Dokument zu befassen, und zwar mit der Begründung, dass sie nicht befugt ist, in die entsprechenden Formvorschriften wurden nicht eingehalten. Der Fall geregelt ist, und der High Court (e&w N.I.) oder der Court of Session (s) – Planning Act 2004, Section 113 (e) ein t&cp, 1997, S. 238. Hebt der High Court kann das entsprechende Dokument ganz oder teilweise an den oder die Behörde die einschlägigen Anweisungen – PA 2008, S. 113 (7) – (7c), während das Gericht sie aufheben kann ganz oder teilweise – S. 238(2) (b). Klagen werden gemäß Teil 54 der Civil Procedure Rules (e&w) (Order 53 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Unionsrichter (Nordirland) 1980, Kapitel 58 des Court of Session (s) und der einschlägigen Unterlagen nachzuweisen ist – siehe z. B. schriftliche Stellungnahmen und Anhörung/broadland District Council & Ors [2012] EWHC 344 (ADMIN).

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Eine UVP ist für Anträge auf eine Baugenehmigung für bestimmte Entwicklungen in England by the Town and Country Planning [Environmental Impact Assessment) Regulations 2011 – SI/2011/1824 und in NI durch die Planung (Environmental Impact Assessment) Regulations (Northern Ireland) 2012 (2012 /59, 2011/139 W n.i SI 1999/293). Diese Entwicklung durch andere Kriterien ergänzt werden, die sich mit besonderen Regelungen wie die Wasserressourcen (Umweltverträglichkeitsprüfung) (e&w) Regulations 2003 (SI 2003/164.).

Die Entscheidungen gerichtlich überprüft werden können, eine gerichtliche Überprüfung zu beantragen. Ein Antrag (e&w) muss innerhalb von drei Monaten nach der entsprechenden Beschlussfassung, R (u & ptnrs (East Anglia) Ltd/Broads Behörde [2011] EWHC 1824 (ADMIN). Die Überprüfung wird in Teil 54 der Civil Procedure Rules (e&w) (Kapitel 58 des Court of Session (en) Order 53 der Verfahrensordnung der Gerichts Judicature Act (Northern Ireland) 1980). Bei der Prüfung kann der Nichteinhaltung eines angemessenen Verfahrens – R (Birch) v Barnsley MBC [2010] EWCA Civ 1180 – mangelnde Begründung, warum keine UVP erforderlich ist, R – Cambridge Bateman South (DC) [2011] EWCA Civ 157 – oder weil keine ausreichenden Informationen über die Planungsbehörde feststellen könnte, ob UVP erforderlich ist oder nicht – R (Cooperative Group Ltd) gegen den Grafschaftsrat Northumberland [2010] EWHC 373 (ADMIN).

Scoping-Beschlüsse können auch von den Gerichten überprüft werden. Es gelten die gleichen Vorschriften wie für jeden anderen gerichtlichen Überprüfung von UVP Entscheidungen. Allerdings enthalten die Verordnungen für die Planungsbehörde auf Antrag ein Scoping vom Projektträger. Wenn dies nicht der Fall ist, ist die Frage an den Secretary of State (Minister) eine Richtung zu geben. Scoping Überprüfungen dürften daher selten sein, wenn eine Stellungnahme erbeten wurde; Obwohl die Einspruchsführerin die Stellungnahme oder dieser Weisung in Frage stellen könnte.

Endgültige Entscheidungen können auch bei einem Gericht angefochten werden, in gleicher Weise wie andere UVP gerichtliche Überprüfungen führen. Eine endgültige Entscheidung kann die Angemessenheit der UVP zu prüfen, aber die Gerichte zögern, ein Dokument finden, das durch das UVP-Verfahren wurde als unzureichend erweisen – R (Edwards & Pallikaropoulos v. Environment Agency), [2008], UKHL 22. Die Gerichte sind der Auffassung, dass die Verordnungen an, dass eine Umwelterklärung kann durchaus unzulänglich waren, und eine Bestimmung über die Bekanntmachung und Konsultationsprozesse für etwaige Mängel festgestellt werden, so dass die ermittelten „Umweltinformationen“ bietet den lokalen Planungsbehörden so umfassend wie möglich. Es mag Fälle geben, in denen eine Unterlage vorgelegt, die eine Umwelterklärung vernünftigerweise nicht als Umwelterklärung bezeichnet werden, wie sie in den Verordnungen definiert sind wahrscheinlich aber nur ganz wenige blewett) – f (V Derbyshire County Council [2003] EWHC 2775 (ADMIN).

Das Gericht wird sich mit der verfahrensrechtlichen Rechtmäßigkeit von UVP-Entscheidungen. Sie werden nicht in der Sache, es sei denn, es kann nachgewiesen werden, dass der entsprechende Beschluss Bowen Unsachlichkeit – R (West)/SOS für Kommunen und örtliche Selbstverwaltung [2012] EWCA Civ 321 Das Gericht wird prüfen, welche weiteren Beweismittel in Bezug auf wesentliche und technische Erkenntnisse usw. Ein Fehler wird als ungerecht, sondern ein stichhaltiger Grund für eine Überprüfung solcher Fehler gemacht haben, müsste ein wesentlicher Unterschied zu den entsprechenden Beschluss – eley/SOS für Kommunen und örtliche Selbstverwaltung [2009] EWHC 660 (ADMIN).

Ein Antrag auf Nachprüfung „Niemand kann durch den Beschluss t&cpa Geschädigte“, 1990 (S. 288(1) t&cp eine (n) 239 – 1997 in der durch Regulation 42 der Town and Country Planning [Environmental Impact Assessment) (Scotland) Regulations 2011). In der Regel während der Teilnahme an der beantragten Entscheidung angefochten werden kann, ist es nicht ausschlaggebend, wenn der Antragsteller ein wesentliches Interesse hat, das durch die Entscheidung berührt – Ashton/SOS für Kommunen und örtliche Selbstverwaltung & Ors [2010] EWCA Civ 600. Die Nichtregierungsorganisationen können jedoch möglicherweise ein hinreichendes Interesse an dem Prozess beteiligt zu haben, für ihren Antrag auf gerichtliche Überprüfung zugelassen werden.

Kann ein Gericht eine einstweilige Verfügung, um ein Projekt wird behauptet, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung mangelhaft war bis zur Klärung dieser Frage – Belize Allianz von im Naturschutz tätigen NRO/Department of the Environment ukpc 63 [2003]. Wird einem Antrag auf eine gerichtliche Anordnung gestellt werden, da die Anträge im Verfahren der gerichtlichen Überprüfung. In der Regel müssen die Klägerin das Gericht verpflichtet, etwaige Verluste zu decken, wenn der Projektträger eine gerichtliche Anordnung abgelehnt wird. In e&w und NI, wenn in einem Fall, in dem das Übereinkommen von Aarhus Anwendung findet, das Gericht davon überzeugt ist, dass eine gerichtliche Anordnung erforderlich ist, um zu verhindern, dass erhebliche Umweltschäden und zur Erhaltung der tatsächlichen Grundlage der Fall ist bei der Prüfung der Frage, ob ein Unternehmen verpflichten, ihr Mandat, insbesondere die Notwendigkeit, die gesamten wie weiter mit dem Fall würden übermäßig teuer für den Antragsteller und die erforderlichen Anweisungen, um sicherzustellen, dass die Anhörung so früh wie möglich ist. Practice Direction 25 – ([Zivilprozessordnung (e&w)]) und die Kosten des Schutzes (Übereinkommen von Aarhus) Regulations (Northern Ireland) 2013 (NI) prüft das Gericht das Gleichgewicht zwischen den Parteien bei der Bestimmung der Anwendung – R (mit Ausnahme Großbritanniens Erbe)/SOS für Kommunen und örtliche Selbstverwaltung & oder [2010] EWCA Civ 1500. Es bestehen keine besonderen Regeln in Bezug auf gerichtliche Anordnungen in UVP Verfahren.

Beschlüsse über

In e&w Entscheidungen im Rahmen des IPPC für England und Wales (Environmental Permitting (England and Wales) Regulations 2010-2010/675. Sie sind in Nordirland im Rahmen der Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (NI) Regulations 2013 (SB Nr. 2013/160. In Schottland sind im Rahmen der Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (Schottland) 2000 (SSI 2000/323) sowie Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (Schottland) 2012 (SSI 2012/360).

Die Entscheidungen können vor den Gerichten überprüft werden, in gleicher Weise wie andere Verwaltungsentscheidungen. Eine Person, die eine Entscheidung anfechten müssen eine ausreichende Leistungsfähigkeit. Die Herausforderung wird in Teil 54 der Civil Procedure Rules (e&w, Order 53 der Verfahrensordnung der Gerichts Judicature Act (Northern Ireland) 1980, Kapitel 58 des Court of Session (s)). Erbringung des Nachweises im Einklang mit den einschlägigen Vorschriften und wird in der Regel durch schriftliche Aussage und Unterlagen.

Das Gericht wird prüfen, ob die richtigen Verfahren angewandt worden sind (Glas) – R/Chester Rockware Stadtrats [2006] EWCA Civ 992. Sie wird prüfen, ob die betreffende Anlage fällt unter die Verordnungen – Scottish Power Generation“ (Nr. 2), Scottish Environment Protection Agency (2005 SLT 641). Sie ist nicht der Ansicht, dass die materielle Begründetheit der Entscheidung auf der Grundlage respektiert werden, dass dies die Funktion der Stelle, die von dieser Entscheidung zu treffen. Sie wird sich mit den technischen Informationen und, wenn die Entscheidung auf der Grundlage eines materiellen Fehlers wurde die Entscheidung, die Aufhebung dieser Entscheidung.

In R (Edwards) gegen die Environment Agency [2004] EWHC 736 wohnte Herr Edwards, einer Stadt in einem Zementwerk in der IVU-Richtlinie eine Genehmigung beantragt worden ist. Er hat keine Stellungnahmen im Rahmen der Konsultation an die Agentur. Er erhob Klage auf gerichtliche Überprüfung der Entscheidung. Vorübergehend wurden obdachlos, obwohl er zu dem Zeitpunkt, zu dem sie gehalten wurde, da er ein hinreichendes Interesse an der Klageerhebung hat.

Vorläufiger Rechtsschutz im Verfahren der gerichtlichen Überprüfung ist in gleicher Weise wie für die UVP Verfahren. Es gibt keine besonderen Vorschriften über die Verfahren für die allgemeine Anwendung der IVU-Richtlinie auf nationaler Ebene.

V Zugang zur Justiz gegen Handlungen oder Unterlassungen

Klagen

Im Gegensatz zu der – strafrechtlichen – Klage erhoben werden kann gegen eine Person, deren Tätigkeiten im privaten Eigentum beeinträchtigt werden. Dies geschieht in der Regel durch eine Klage erhoben werden muss, in der eine Person, die ein ausschließliches Nutzungsrecht an der Sache. Die Grundsätze, die bei der Beurteilung der Frage, ob eine Beeinträchtigung der Kläger erlitten hat, wurden in der Rechtssache Barr/Biffa [2012] EWCA Civ 312. Die englische (W) und NI ausgehenden Lehrbücher enthält & lindsell wie Urkundsbeamten 20. Auflage Delikte auf. Kapitel 20. In diesen Ländern besteht keine Verpflichtung, ein Fehlverhalten der Beklagten. In Schottland ist für die Prüfung leicht abweichende – was Belästigung eingestuft werden können oder als unerträglich Verhalten nicht toleriert werden, um eine vernünftige Person – Robb, Dundee City Council 2002 SC 301. Außerdem muss es sich um ein Verschulden – RHM averment Bäckereien (en)[Ltd/Strathclyde RC 1985 SC 17 \(hl\)](#)

Bei Kontaminanten, die Person von einem Land zum anderen ist die Person, deren Flächen, die möglicherweise kontaminiert sind, in einer Klage eingreifen. Ferner kann er fahrlässig, damit Umweltschäden verursachen, wenn Schaden verursacht wird und die den Schaden verursachende Person weitergegeben wird, die eine Versorgung der erkrankten Person haftbar gemacht werden. Die Gerichte in allen Fällen Vermögensschadens kann eine einstweilige Anordnung erlassen und kann auch ein erneutes Auftreten zu verhindern.

Belästigung, Verletzung des Eigentumsrechts oder Ansprüche unmittelbar gegen Fahrlässigkeit, wenn deren Tätigkeit staatlicher Stellen, die den Schaden verursacht haben, Dennis/Ministerium der Verteidigung [2003] EWHC 793 (QB). Wenn aber die Ursache des Schadens ist das Ergebnis einer Einrichtung, die durch Gesetz genehmigten Transaktionen nachgewiesen werden muss, dass es fahrlässig handelte – allen/Gulf Oil Refining Ltd [1981] AC 1001. Wenn der Vorwurf eines fahrlässigen läuft darauf hinaus, dass die zuständige Stelle sollte öffentliche Gelder ausgegeben haben, die Schäden zu verhindern, kann ein Gericht klagen, da die Angelegenheit nicht über die Mittel für diese Einrichtung – Dobson/Thames Water Utilities Ltd [2011] EWHC 3253 (TCC), zur Sprache. In den Fällen, in denen die Erteilung einer Umweltgenehmigung und Baugenehmigung Ergebnisse, der zu einem Schaden für eine staatliche Stelle, die die Genehmigung oder Erlaubnis erteilt wird, selten Verschuldenshaftung als Gremium in der Regel keine Fürsorgepflicht gegenüber der betroffenen Person.

In der Regel sind die Behörden nicht nur verpflichtet, Ersatz für einen einzelnen wegen Verstoßes gegen eine Verpflichtung – Bourgoin/Ministry of Agriculture Fisheries and Food [1986] QB 716. In einem Verfahren zur gerichtlichen Überprüfung in den Fällen aber, in denen der Gerichtshof einen Verstoß gegen die Schadenersatz zusprechen können, solange nicht der einzige Rechtsschutz, Schadenersatz geltend machen. Außerdem kann erteilt werden, wenn der Kläger eine Verletzung der Menschenrechte erkannt wird. Eine Forderung gegen eine staatliche Stelle kann einen Antrag auf Erlaß der einstweiligen Verfügung stattgab.

Umwelthaftung

Die EU-Richtlinie über die Umwelthaftung (2004/35/EG) umgesetzt wird, durch die Umweltschäden in England (Vermeidung und Sanierung) Regulations 2009 (SI 2009/153 (W. 2009/995) in Nordirland durch die SB Nr. 2009/252 und in Schottland der Umwelthaftung (Scotland) Regulations (SSI 2209/266). Die zuständigen Behörden im Sinne der Richtlinie sind in der Regel die Umweltagentur e&w natürlicher Ressourcen oder den walisischen Stelle Natural England, können aber für Habitate und Arten an Land oder der Secretary of State für die Meere. In o.a. ist das Department of the Environment, während in Schottland der Behörde werden jedoch normalerweise die Scottish Natural Heritage SEPA für Schäden an geschützten Arten und Lebensräume zu Lande oder auf Binnenwasserstraßen und die Scottish Ministers für Schäden in den Küstengewässern oder Hoheitsgewässern.

Die Verordnung sieht vor, dass eine „betroffene Person“, die darin bestünde, eine Nichtregierungsorganisation, die sich für den Umweltschutz einsetzen – in der Lage sein, die zuständige Behörde zum Tätigwerden aufzufordern unter ihnen. Ein solcher Antrag muss schriftlich gestellt werden und das Interesse der Person) und n.i (e&w und genügend Informationen zu übermitteln, damit die Überwachungsbehörde die Art und der Ort des Unfalls.

Eine gerichtliche Überprüfung von Entscheidungen der zuständigen Behörden über die Anträge für Maßnahmen im Rahmen der Verordnungen sind die gleichen wie für alle anderen gerichtlichen Überprüfung. Der Gerichtshof stellt sicher, dass Verfahren korrekt eingehalten wurden. Vorgesehen ist eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Entscheidung. Sie können auf technischer oder sonstiger Mängel einzugreifen, wenn diese Fehler betroffen waren und die Entscheidung dieser Entscheidung aufheben kann.

Wird eine Klage zur Durchsetzung der in Teil 54 der Civil Procedure Rules (e&w, Order 53 der Verfahrensordnung der Gerichts Judicature Act (Northern Ireland) 1980, Kapitel 58 des Court of Session (s)). Fragen zur gerichtlichen Überprüfung der Antragsteller ein Antragsformular e&w beim High Court (gemäß Teil 54) oder 53 (N.I.) oder in Schottland eine Petition gemäß Kapitel 58 der Regelung. Erbringung des Nachweises im Einklang mit den einschlägigen Vorschriften und wird in der Regel durch schriftliche Aussage und Unterlagen.

VI Sonstige Möglichkeiten des Zugangs zu den Gerichten

In e&w Klage auf gesetzliche und ausgehenden Belästigungen gemäß der Satzung eingelegt werden kann – in einem Referat „Richter und Staatsanwälte“ oder „Sheriff Court nach Teil III des Environmental Protection Act 1990. Section 79(1) des Gesetzes wird dargelegt, was eine gesetzliche Umweltbelastung. Nach § 82 kann eine Person, die Klage vor dem Gericht ist, wenn er von den „Geschädigten“ in den Griff zu bekommen. Das Gericht kann eine Anordnung zur Verringerung der Umweltbelastung und der Geldbuße nach Abschnitt 82 der Beklagte. Dieses Verfahren ist im o.a. unter Teil 7 des Stadtviertel und Umwelt Act (Northern Ireland) 2011.

Der parlamentarische Bürgerbeauftragte (Ombudsman), die Versammlung e&w (N.I.) oder der öffentlichen schottischen Bürgerbeauftragten einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit zu untersuchen, die von staatlichen Stellen fragen. In der regionalen Tierschutzbeauftragten e&w wird auch die lokalen Behörden, während in NI wird zu diesem Zweck den nordirischen Bürgerbeauftragten – die Lokalbehörden in Schottland spso untersucht. Die Bürgerbeauftragten e&w

gemeinsam handeln können, und zwar in einem Fall von Missstand in der Verwaltungstätigkeit im Zusammenhang mit der Umweltagentur, und zwei Lokale Behörden tragen die Beschwerdeführer einen Betrag von 95,000 UKL nicht ordnungsgemäß bearbeitet, als illegale Deponie transportiert. Beschwerden beim e&w Parlamentarischen Bürgerbeauftragten genannten werden von einem Mitglied des Parlaments – von einem Mitglied des Bürgerbeauftragten. Eine Beschwerde bei der örtlichen Regierung spso, NI Bürgerbeauftragten oder Ombudsmann sollte nur dann erfolgen, wenn die zuständige Stelle wurde mit dem Problem zu befassen. Der Bürgerbeauftragte kann die Stelle auffordern, eine Entschuldigung für die Rückzahlung von Geldern, z. B. steuerliche oder nutzen, beispielsweise verbesserte Verfahren oder bei Verspätungen, bessere Verwaltungsverfahren an die zuständige Stelle.

Staatsanwaltschaften bei Umweltdelikten (e&w) werden in der Regel von der zuständigen Behörde in Bezug auf diese Straftat – beispielsweise die Environment Agency. Diese Behörden verfügen über Befugnisse zur Untersuchung von Straftaten Grundstücke oder Gebäude zu betreten und Proben sowie Personen befragen, die in Bezug auf eine Straftat begangen hat.

Die Privatklage erhoben werden können, für viele e&w Umweltraftaten – Verfolgung von Straftaten Act 1985, Section 6, aber einige können ausschließlich oder mit Zustimmung der Leiter der Staatsanwaltschaft. In Schottland Privatklagen sind sehr selten und bedürfen der Zustimmung des Lord Advocate.

Private Rechtsverfolgung in Nordirland benötigt die Zustimmung des Director of Public Prosecutions).

Die meisten nationalen oder lokalen staatlichen Stellen hätten auch interne Beschwerdeverfahren. Ist das Ergebnis nicht zufrieden stellend, kann der Beschwerdeführer an den zuständigen Bürgerbeauftragten oder eine gerichtliche Überprüfung beantragen. Gibt es konkrete Beschwerden Organisationen für öffentliche Dienstleistungen wie Wasserdienstleistungen – Rat „Verbraucherschutz“ für Wasser (e&w) oder dem Water Industry Commission for Scotland der Verbraucherrat (N.I.)

VII Rechtliche Stellung

Nichtstaatliche Organisationen können ein ausreichendes Interesse haben, dürfte aber nicht der Rechtsprechung – Rechtssicherheit – haben den Prozess teilgenommen haben, für ihren Antrag auf gerichtliche Überprüfung zugelassen werden. In der Praxis gibt es nur wenige Beispiele für Einzelpersonen und NRO ständigen verweigert wird. Eine Vereinigung ohne Rechtspersönlichkeit wie ein Mitglied des Club, keine Rechtspersönlichkeit hat und vor Gericht klagen oder verklagt werden kann. Maßnahmen gegen solche Vereinigungen sind oder von oder gegen den Vorsitzenden oder eines anderen Mitglieds. Diese Organisationen können jedoch Gegenstand einer gerichtlichen Überprüfung sein – R/Gremiums für Übernahmen und Fusionen von P. datafin [1987] QB 815.

Klagebefugnis	Verwaltungsverfahren (Planung und IPPC)		Gerichtliches Verfahren (gerichtliche Kontrolle)
	Entwickler /Genehmigungsinhaber nur Klage erheben können.	Im Rahmen eines Rechtsmittels teilnehmen	Jede Person, die über ein „ausreichendes Interesse“ – siehe AXA General Insurance Ltd/The Lord Advocate [2011] UKSC 46.
Einzelpersonen		Ja	Ja
NRO		Ja	Ja
Andere juristische Personen		Ja	Ja
Ad-hoc-Gruppen		Ja	Ja
Ausländische NRO		Ja	Ja
Sonstige		Ja	Ja

Einer privaten Zivilprozess vor Belästigungen wie beispielsweise Lärm oder Geruch – Der Antragsteller muss sich im alleinigen Besitz der Immobilie durch den Lärm betroffen sind. Die Belästigung einer „gesetzlichen“ in Abschnitt 82 des Environmental Protection Act 1990 kann von einer Person geltend gemacht werden, die von der „benachteiligten“ in den Griff zu bekommen.

Jeder, der einer privaten befugt, strafrechtliche Verfolgung, wenn diese verfügbar sind.

Es gäbe keine unterschiedlichen Regeln für die sektoralen Rechtsvorschriften. Verfahren der gerichtlichen Überprüfung im Vereinigten Königreich gelten für alle gerichtlichen Überprüfungen. Auch wenn die Vorschriften wie die für England und Wales (Environmental Permitting (England and Wales) Regulations 2010 (SI 2010/675), Anhang 5, Teil 1 enthält eine spezielle Regelung für e&w in der öffentlichen Konsultation Befragten die Definition des Begriffs „Öffentlichkeit“ ist „eine Person, die die Regulierungsbehörde der Auffassung ist, wahrscheinlich betroffen sein werden oder ein Interesse daran hat, beantragt hat.“ Im vorliegenden Fall besteht kein Unterschied zwischen dem ordentlichen gerichtlichen Prüfungsmaßstab des „ausreichenden Interesses“. Der Begriff „ausreichendes Interesse“ zur gerichtlichen Überprüfung wurde in Fällen allgemeine Axa Versicherung Ltd/The Lord Advocate [2011] UKSC 46. Gibt es keine offizielle Popularklage im britischen Recht. Die Rechte von NGO oder Einzelpersonen in Verwaltungsentscheidungen bedeutet, dass eine solche Maßnahme wirksam ist.

Eine staatliche Stelle um eine juristische Person wie ein privates Unternehmen. Beispielsweise die Environment Agency, einer Körperschaft ist. Sie kann Maßnahmen. Theoretisch könnte die Agentur daher eine Klage auf gerichtliche Überprüfung einer Entscheidung, die von einer anderen staatlichen Stelle. Das gleiche gilt der Bürgerbeauftragte oder Staatsanwälte, wie der Crown Prosecution Service. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass er jemals in der Praxis erreichen lässt und für die Gerichte nicht erwarten, dass diese Art von Maßnahme und staatliche Stellen zur Beilegung ihrer Differenzen ohne Rückgriff auf rechtliche Schritte.

VIII Rechtliche Vertretung

Das Vereinigte Königreich hat ihren Niederschlag in einem akkusatorischen System des Common Law. (Verfahren der gerichtlichen Überprüfung der Anwalt des Antragstellers e&w) formuliert werden, wenn der Antrag, die Klage zu erheben, in dem die Gründe, auf die sie sich stützt. In der Regel wird der Antrag auf Nachweis des Klägers ohne mündliche Verhandlung. Jedoch kommt es zu einer mündlichen Verhandlung, können an den Rechtsanwalt des Beklagten vor dem Gerichtshof und erläutern Sie, warum davon ausgegangen wird, dass die Genehmigung nicht erteilt werden sollte. Wenn die Genehmigung erteilt wird, werden die Beklagte ihre Beweismittel einzureichen. Skelett sowohl einen Juristen mit dem Gericht vorbringen, die einen Überblick über ihren Fall. In der mündlichen Verhandlung hat jeder Rechtsanwalt das Skelett Argumente mündlich Stellung genommen.

Es ist nicht vorgeschrieben, dass in Umweltmedien Verhandlung einem Rechtsbeistand, auf Beweiserhebung oder Baugenehmigungen oder andere eine gerichtliche Kontrolle.

Das Umweltrecht spezialisierten Juristen, die in Verzeichnissen entnommen werden können, wie z. B. die Sozialpartner oder die & 500. Diese Verzeichnisse werden einmal jährlich. Das Umweltrecht Foundation (ELF), die auf Umweltvorschriften und UKELA – UK Environmental Law Association) ist ein Gremium von Rechtsanwälten. Die Planung und die Anwaltskammer (PEBA) handelt es sich um ein Gremium von Anwälten e&w in Fällen, die Umwelt- und Planung.

IX Nachweise

In Strafsachen ist die mündliche Vernehmung von Zeugen und Gegenstand kontradiktorischer Befragungen. Schriftliche Zeugenaussagen in öffentlichen Forderungen, die auf den Zeugen unter Eid (e&w abgeglichen werden.) In Schottland von Zeugen mündlich dargelegt. Bei der Planung der Anhörungen, so

sind Untersuchungen auf die Zeugenaussagen sind jedoch die Zeugen unter Eid nur selten untersucht. Anhörungen im Rahmen der Beweise alle schriftlichen Zeugenaussagen und Unterlagen ohne e&w (Kreuzverhör). Die meisten gerichtlichen Überprüfungen in Schottland in der ersten mündlichen Verhandlung beschlossen werden auf der Grundlage der rechtlichen Argumentation ist jedoch auf eine Anhörung, wenn es Nachweise, dass Zeugen mündlich gegeben wäre.

Der Nachweis der Zeugen bei schweren strafrechtlichen Fällen von einer Jury bewertet wird. Das Gericht kann zwar auf der Stellungnahme der Jury ist die alleinige Entscheidungskompetenz über den Sachverhalt des Rechtsstreits. In allen anderen Prüfungen, die die Prüfer, Richter oder Ermittlungsrichter (Berichterstatter) erläutert die bewertet. Er muss unter Berücksichtigung der geltend gemachten Gesichtspunkte und die Gründe für die Bevorzugung einer Seite des Mittelmeers an die andere.

Es ist Sache der Parteien, den Nachweis für den Gerichtshof. Eine gerichtliche Überprüfung auf die Verwaltungsbehörde, deren Entscheidung überprüft wird, verpflichtet ist, alle sachdienlichen Unterlagen offenlegt, Offenheit verpflichtet. Wenn neue Beweise Material eingeführt werden können. Das Gericht kann Beweise von einer Partei oder die anderen in der Regel aber nicht.

Parteien können Sachverständige beauftragen können. Zum Beispiel in der Sachverständigengruppe beauftragen kann jede Vertragspartei über den Betrieb der betreffenden Anlage beeinträchtigen können und wie sie vermieden werden. Der Gerichtshof kann anordnen, dass ein solcher Nachweis wird in Form einer Sachverständigen (e&w).

Ein Sachverständigengutachten über die Richter nicht bindend ist. Es obliegt dem Richter zu bewerten und alle Beweise annehmen oder ablehnen kann. In Strafsachen ist die Rolle der Experten der Jury, die Richter oder die erforderliche wissenschaftliche Kriterien zur Prüfung der Genauigkeit ihrer Ergebnisse, damit die Richter oder eine Jury ihr eigenes unabhängiges Urteil zu bilden, um die Anwendung dieser Kriterien auf den vorliegenden Sachverhalt als Beweismittel nachgewiesen.

X Unterlassungsverfahren

In einigen Rechtsvorschriften ist vorgesehen, dass die Einlegung eines Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung einer Entscheidung oder Mitteilung – z. B. für England und Wales (Environmental Permitting (England and Wales) Regulations 2010, reg. 31. In anderen Rechtsvorschriften ist festgelegt, dass die Mitteilung keinen Einfluss haben können, bis über den Einspruch abschließend bestimmt wurde oder zurückgezogen – Town and Country Planning Act 1990 (in Schottland S. 175(4), S. 131(3)) Act 1997. Die Klägerin im Verfahren der gerichtlichen Überprüfung können bei Gericht eine einstweilige Verfügung zur Aussetzung der Wirkung der einschlägigen Entscheidung beschlossen, bis der Fall ist.

Die Rechtsvorschriften sehen vor, dass in den Fällen, in denen die Einlegung des Rechtsmittels hat keine aufschiebende Wirkung auf die Entscheidung oder die Mitteilung dieser Entscheidung oder Mitteilung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. In den Fällen, in denen die Regel ist, dass die Mitteilung nicht wirksam, wenn die Beschwerde bestimmt ist, kann die Behörde in der Lage sein, eine andere Tätigkeit unmittelbar – z. B. der in Planung stoppen – Town and Country Planning Act 1990, Abschnitt 183 (in Schottland 1997, S 140). Es kann jedoch eine Person zu einer Entschädigung nicht beeinträchtigt, wenn der Bescheid aufgehoben wird. Wenn die Rechtsvorschriften einer Behörde ein Ermessen hinsichtlich der Frage, ob die Bekanntmachung anhängigen Rechtsmittels auszusetzen – z. B. gesetzliche Umweltbelastung (Rechtsmittel) Regulations 1995, reg. 3 – muss die Überwachungsbehörde beurteilen die Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an der Bekanntmachung mit sofortiger Wirkung und den Folgen für die Person, der die Mitteilung zugestellt worden ist – Hafenbehörde des Cromarty Firth/Ross s.l.t. Cromarty District Council 1997 und 254.

Im Gegensatz zu der – strafrechtlichen – Gerichtshof – Erlaß einstweiliger Anordnungen können in Schottland – Verbot, ein Projekt wird behauptet, dass die Entscheidung unzulänglich war bis zur Klärung dieser Frage – Belize Allianz von im Naturschutz tätigen NRO/Department of the Environment ukpc 63 [2003]. Es bestehen keine besonderen Regeln in Bezug auf gerichtliche Anordnungen in Umweltangelegenheiten. Lokalen und anderen Behörden sowie die Durchsetzung und sonstigen Mitteilungen erheben können, eine Unterlassungsklage gegen eine Person, die einen Verstoß gegen die einschlägigen Rechtsvorschriften – z. B. Umweltschutzgesetz 1990, s 81(5).

Auch Unterlassungsverfügungen interdicts vergeben werden können Rechtssachen zwischen Einzelpersonen oder andere juristische Personen. Einstweilige Verfügungen werden in der Regel gewährt, um eine Tätigkeit, die jemand vergeben werden gelegentlich zu verlangen, etwas zu tun. Die Gefahr besteht, dass dieser drohende Schaden eine vorbeugende Unterlassungsklage – eine gerichtliche Anordnung, wo eventuated befürchtet werde, aber noch nicht erteilt werden kann, sind jedoch selten.

Einem Antrag auf eine gerichtliche Anordnung (untersagen) werden die Anträge im Verfahren der gerichtlichen Überprüfung oder einer Forderung zwischen Einzelpersonen usw. Die Fristen für Ersuchen um eine Anordnung handelt es sich um diejenigen, die für die Erhebung der Klage. Ein Antrag auf einstweilige Anordnung kann dringend geklärt werden, bevor ein Rechtsstreit anhängig gemacht worden ist. In Fällen, in denen eine einstweilige Verfügung beantragt wird (in der Regel untersagen), muss der Antragsteller nachweisen, dass das Gericht eine Verpflichtung anzubieten, dass sie etwaige Verluste, die dem Antragsgegner zur Verfügung stehen, wenn eine einstweilige Verfügung abgewiesen. In e&W und NI, wenn in einem Fall, in dem das Übereinkommen von Aarhus Anwendung findet, das Gericht davon überzeugt ist, dass eine gerichtliche Anordnung erforderlich ist, um zu verhindern, dass erhebliche Umweltschäden und zur Erhaltung der tatsächlichen Grundlage der Fall ist bei der Prüfung der Frage, ob ein Unternehmen verpflichtet, ihr Mandat, insbesondere die Notwendigkeit, die gesamten wie weiter mit dem Fall würden übermäßig teuer für den Antragsteller und die erforderlichen Anweisungen, um sicherzustellen, dass die Anhörung so früh wie möglich ist. Practice Direction 25 – ([Zivilprozessordnung (e&w)]) und die Kosten des Schutzes (Übereinkommen von Aarhus) Regulations (Northern Ireland) 2013 (NI). Das Gericht wird prüfen, ob die Abwägung der betroffenen Interessen zwischen den Parteien bei der Bestimmung der Anwendung – R (mit Ausnahme Großbritanniens Erbe)/SOS für Kommunen und örtliche Selbstverwaltung & oder [2010] EWCA Civ 1500. Die Gerichte sind befugt, eine Anordnung der Aussetzung des Vollzugs. Die Person, gegen die eine gerichtliche Anordnung beantragen kann, dieser Verpflichtung nachzukommen.

Die Entscheidung eines Gerichts, kann eine einstweilige Verfügung zu untersagen) (bei einem höheren Gericht Rechtsmittel eingelegt werden. Der Rechtsmittelführer muss in der Regel entweder durch das Gericht, das den gerichtlichen Anordnung oder das Berufungsgericht.

IX Kosten

Ein Antragsteller, der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten haben Gerichtsgebühren, Anwaltshonorare, Honorare für Sachverständige, Zeugen sowie die Aufwendungen für andere Kosten für die Vorbereitung der Dokumente, Pläne usw.

Gerichtsgebühren

Es gibt kein Gericht für Strafsachen in erster Instanz, sondern ein Rechtsmittel bei einem höheren Gericht eine Gebühr einbezogen werden können. Die Gerichtsgebühren für die Forderung einer gerichtlichen Überprüfung e&w (60 UKL). Für die Einleitung einer Zivilklage in e&w die Höhe der Gebühr davon abhängt, welcher Betrag beantragt wurde. Falls sich die Geldforderung im Wert von £1,000 – £1,500 beträgt die Abgabe 70 GBP. Wenn es sei zwischen £15,000 – £50,000 beträgt die Abgabe 340 GBP. Ein Antrag auf Zulassung der Berufung zum Court of Appeal ist mit einem weiteren 235 ££465 zu einem späteren Zeitpunkt. Antragsteller kommen für eine Gebühr kann je nach den Umständen zu erlassen.

Alle Petitionen auf der inneren oder äußeren House of the Court of Session in Schottland in Höhe von 180 £, Rechtsmittel beim High Court of Justiciary belaufen sich auf 90 GBP.

In Nordirland einen Antrag auf gerichtliche Überprüfung der Preis beträgt 200 UKL. Eine Klage vor dem High Court Kosten eine Gebühr von 300 GBP. Einreichung einer Beschwerdeschrift belaufen sich auf 500 GBP.

Kosten

Die Höhe der Kosten können jedoch sehr stark variieren je nach Art und Komplexität des Falls, der Erfahrung des Rechtsanwalts und den Umfang der Dokumente. Für Anwaltsgebühren in Fällen e&w wird bestritten, dass die streitigen Kosten bekannt.“ „in der Regel einen Anwalt den Stundensatz der Vergütung in Abhängigkeit von der Besoldungsgruppe verdient. Damit eine Abgabe in Höhe von 80 £para-legal möglicherweise ein Partner eine Stunde unter 200 GBP pro Stunde berechnen könnten. Im Falle einer kurzen erheben eine Gebühr für die Erstellung oder Stundenhonoraren und sonstigen Arbeiten. Die „Kosten“ in Schottland bekannt als „Ausgaben“, damit sie sich eine Vorstellung von Kosten in der gerichtlichen Überprüfung in allen gegen Secretary of State for Communities and Local Government, [2012] EWHC 671 (ADMIN) die erfolgreichen Bewerber vergeben wurde, für 9,456 GBP zusätzlich Mehrwertsteuer für einen Tag vor. Im Sinne v csoh Scottish Ministers [2011] Seite 10 wurden die Kosten auf 82,000 GBP und 90,000 GBP für einen viertägigen gehört. Diese Kosten in allen britischen Jurisdiktionen vergleichbar ist.

Die Kosten höher sein könnten, was die Rechtsordnungen des common law im Vereinigten Königreich, die gestützt auf die Rechtsprechung und nicht ein Zivilgesetzbuch und den entsprechenden Fehlen einer Untersuchungstätigkeit für Richter zu einer höheren Belastung (d. h. auf Parteien und ihrer gesetzlichen Vertreter das einschlägige Recht vor den Gerichten). Belästigungen in einem Fall bontoft/Osten Lindsey District Council [2008] EWHC 2923 (QB) – wurden 195,000 UKL für die Kosten eines Gerichtsverfahrens von sechs Tagen. Kosten erhöht werden kann in Fällen geschehen, sondern ein Erfolgshonorar gemäß den Rechtsvorschriften, nach denen solche Vereinbarungen wurde im April 2013 aufgehoben. In Schottland sind diese „spekulative“, der durch die im Gesetz vorgesehene sederunt (Honorare der Rechtsanwälte in spekulative Maßnahmen) und 1992/1879 (die Gebühren der Rechtsanwälte in sederunt spekulative Maßnahmen) 1992/1897.

Unterlassungsanordnungen

Die Höhe der Gebühr ist in keiner anderen (Anordnung) zu untersagen. Von der Partei, die die Vollstreckung einer gerichtlichen Anordnung in der Regel untersagen (müssen) einem Unternehmen auf Schadensersatz geben, wenn auch in der Zivilprozessordnung ist in der Practice Direction 25 (e&w) und die Kosten (Übereinkommen von Aarhus) Regulations (Northern Ireland) 2013 (NI). Im Rahmen des Kostenschutzes (Übereinkommen von Aarhus) Regulations (Northern Ireland) 2013 geänderten Fassung (NI) und der Practice Direction 25 a der Civil Procedure Rules (e&w) muss der Gerichtshof, der mit dem Übereinkommen von Aarhus besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit, dass die Bedingungen des Auftrags insgesamt nicht geeignet ist, die Fortsetzung der Fall wäre übermäßig teuer für den Antragsteller zu verpflichten, bei der Prüfung der Frage, ob eine Verpflichtung der Klägerin zur Zahlung von Schadensersatz.

Die Kosten (Reisekosten)

Die allgemeine Regel ist, dass in britischen Jurisdiktionen Schotte. Kosten (Kosten) der Veranstaltung folgen oder die unterlegene Partei – z. B. e&w Zivilprozessordnung (Teil 44.3). Die Gerichte haben jedoch ein weites Ermessen bei der Kostentragung. Ausgangspunkt ist, dass die unterlegene Partei die Kosten der obsiegenden Partei jedoch gekürzt werden kann, wenn diese Partei nicht in einigen Fragen hat die Fragen aufgeworfen hat oder nicht. Außerdem Gerichte für die Anwendung der alternativen Streitbeilegung unangemessen und nicht einer Vertragspartei, die an ADR-Verfahren beteiligen können Kosten Folgen – Halsey/Milton Keynes allgemeine NHS Trust ([2004] EWCA Civ 576. Der Gerichtshof wird um die Kosten auch das Verhalten der Parteien ab Beginn des Rechtsstreits und prüfen, ob die Verringerung der Kosten aufgrund eines unangemessenen Verhaltens vorgenommen werden sollte. Im Rahmen von Teil 36 der Civil Procedure Rules (e&w) kann eine Partei der anderen ein Angebot unterbreiten, in der Regel die Forderung zu begleichen, indem sie einen Geldbetrag – s des Angebots (min.), wenn das Angebot abgelehnt wird, sie aber nicht die Person ein günstigeres Urteil Kosten dann Sanktionen bestehen könnte.

Regeln gelten nun besondere Kosten im gesamten Vereinigten Königreich für bestimmte Fälle die Begrenzung der Exposition der Umwelt an Vertragsparteien, die Kosten auf der anderen Seite.

XII Finanzhilfe-Mechanismus

Es gibt keine besonderen Befreiungen von Gebühren oder Kosten für Umweltangelegenheiten im Vereinigten Königreich tätig sind. Solche Ausnahmeregelungen sind von den Gebühren für Menschen mit geringem Einkommen.

Wurden die Gerichte des Vereinigten Königreichs Anwendung des Artikel 9.4 des Übereinkommens von Aarhus – dazu gehört, dass die Fälle nicht „übermäßig teuer“ im Wege der e&w Kostenschutzbeschlüsse n.i (und Kosten) oder (S) das Recht auf diese Aufträge ist relativ neu und befindet sich noch in der Entwicklung. Das Übereinkommen von Aarhus ist nunmehr ausdrücklich auf Kosten in e&w im Verfahren der gerichtlichen Überprüfung von der (Geänderten) Zivilprozessordnung 2013 Teil 45; in Schottland, ähnliche Vorschriften für alle Umweltverfahren im März 2013 durchgeführt. Die Kosten werden in NI und Schutz (Übereinkommen von Aarhus) Regulations (Northern Ireland) 2013 festgelegt, die die spezifischen Vorschriften für die Kosten für Verfahren geschützt sind, für die das Übereinkommen gilt.

Nach diesen Vorschriften:

- (1) In erster Instanz Berufung ein, das Übereinkommen von Aarhus unterworfen ist, kann nicht zur Tragung der Kosten von mehr als 5,000 GBP und 10,000 GBP für Einzelpersonen und Vertreter von Vereinigungen, juristischen Personen. Kosten von einer unterlegenen Beklagten auf 35,000 GBP beschränkt ist.
- (2) Im Rahmen eines Rechtsmittels sind daher die Vorschriften der Zivilprozessordnung 52.9a gelten für die Kosten leisten kann, wobei der Gerichtshof eine Begrenzung der Kosten.
- (3) Der Supreme Court kann eine Verfügung erlassen, die auch in einem Fall von Aarhus Kostenerstattung auf der Grundlage der Kosten der Praxis gemäß der letzten Änderung (im November 2013).

Zu diesen Regeln vor, die Vergabe eines PCO in der gerichtlichen Überprüfung wurden durch die „Corner House“ festgelegten Grundsätze, die in R (Corner House Research) gegen den Secretary of State for Trade and Industry [2005] EWCA Civ 192, Randnr. 74:

- (1) Erlass eines Kostenschutzbeschlusses können in jeder Phase des Verfahrens auf diese Bedingungen, wie der Gerichtshof dies für angebracht hält, sofern das Gericht davon überzeugt ist, dass (i) die aufgeworfenen Probleme von allgemeinem öffentlichem Interesse sind; (ii) das öffentliche Interesse erfordert, dass diese Probleme gelöst werden; (iii) kein privates Interesse des Antragstellers am Ausgang des Rechtsstreits; (iv) im Hinblick auf die finanziellen Mittel des Klägers und des Beklagten (en) und dem Betrag der Kosten einbezogen werden dürften, ist es fair und gerecht zu gestalten; und (v) vorgenommen wird, wenn der Betroffene sich voraussichtlich nicht das Verfahren einstellen und sich dabei in angemessener Weise.
- (2) Wenn die für den Antragsteller handelnde pro bono, wird dies wahrscheinlich die Begründetheit des Antrags auf die PCO.
- (3) Es ist Sache des Gerichts, im Rahmen ihres Ermessens, zu beurteilen, ob es fair und gerecht zu gewähren, in Anbetracht der vorstehenden Erwägungen. Diese Grundsätze im Umweltbereich, die von öffentlichem Interesse sind, zu beseitigen und den Schwerpunkt auf Anforderung des Antragstellers – R (Garner)/Elmbridge Borough Council [2010] EWCA Civ 1006. Weiterhin gelten sie nicht für die Überprüfung von Fällen, die in den Anwendungsbereich des Übereinkommens von Aarhus.

Prozesskostenhilfe

Wird die Prozesskostenhilfe in der Gemeinschaft e&w der Juristische Dienst des Rates). Gibt es keinen gesonderten Bereich für Umweltschutzbeihilfen. Doch findet sich im „öffentlichen Interesse“. Daher ist der Juristische Dienst des Rates der Bewilligung von Mitteln für ein Gerichtsverfahren betreffend die Notwendigkeit einer öffentlichen Untersuchung die Außerbetriebnahme von Atom-U-Booten, die ein erhebliches öffentliches Interesse hatte. Viele der potenziellen Maßnahmen wird jedoch nicht dieses Kriterium, wie die breite Öffentlichkeit entweder nicht oder nicht, keine neuen Rechtsfragen. Damit ein Antrag auf Finanzierung zur Anfechtung der Entscheidung der Environment Agency, erteilen die Genehmigung zum Betrieb einer Verbrennungsanlage in der Nähe der Wohnung des Antragstellers wurde abgelehnt. Die schottische Legal Aid Board hat eine ähnliche Kriterien der „allgemeinen öffentlichen Interesse liegen.“

Prozesskostenhilfe in Strafsachen Beschuldigten zur Verfügung gestellt werden können, aber nicht für die eine Zivilklage erheben will.

Die Finanzierungsbeschlüsse durch den Juristischen Dienst des Rates sind Mittel von seinem „Verhaltenskodex festgelegt.“ § 7 befasst sich mit der gerichtlichen Überprüfung. In Abschnitt 7.5 heißt es: „In dem Fall offenbar nicht erheblich breiteres öffentliches Interesse, von überragender Bedeutung ist, um die Kunden oder die signifikanten Menschenrechtsfragen, der rechtlichen Vertretung verweigert wird, wenn (i) die Erfolgsaussichten von grenzwertigen oder schlecht; oder (ii) die wahrscheinlichen Kosten offenbar nicht in einem angemessenen Verhältnis zu dem voraussichtlichen Nutzen der Verfahren im Hinblick auf die Erfolgsaussichten und den gesamten Umständen ergeben.“ Dies gilt für alle Bürger. Die NRO sind kaum in der Lage sein, Prozesskostenhilfe zu erhalten. In Schottland die Gewährung der Prozesskostenhilfe ist die Prozesskostenhilfe in Zivilsachen Handbuch Versandverfahren, Teil IV Kapitel 3 Tatverdacht und Angemessenheit bewertet.

Pro bono

Ehrenamtliche Arbeit im Vereinigten Königreich uk.net probono wird erleichtert durch die Website. Dies bietet Zugang zu Informationen über die kostenlose Rechtsberatung zu erhalten. Die Solicitors in e&w „lawworks – pro bono“ hat auch eine Website, wo um Hilfe. Für Anwälte, Rechtsanwälte in e&w Einheit pro bono als Clearing House, Barristers zu fällen. Das Gerät empfängt Anträge auf Unterstützung durch Beratung und Rechtsanwälte. Die Einheit soll dazu beigetragen werden kann, falls der Antragsteller die Hilfe leisten, für die öffentliche Finanzierung beantragt oder erhalten hat, eine begründete und muss ein Rechtsanwalt leisten können. Keine dieser Organisationen im Umweltbereich, sondern kann sich eine Person, die sich mit diesen in Verbindung zu setzen. Eine ähnliche Dienstleistung lawworks in Schottland, e&w lawworks in Schottland; Auch wenn die beiden Stellen getrennte Stellen sind. Befürwortet die Möglichkeit eines kostenlosen Rechtsbeistand Einheit hat, zu deren Tätigkeit auch Verfahren für Planung und Umweltplanung.

Die Northern Ireland pro bono Gruppe bietet Beratung und Vertretung durch barristers und solicitors, die sich zur Beteiligung an einem Panel haben und die sich auf die gesamte Bandbreite der Bereiche spezialisiert sind. Freiwillige boten ihre Dienste kostenlos bis zu 3 Tage oder 20 Stunden pro Jahr. In den meisten Fällen wahrscheinlich erfüllen das Kriterium der Einheit pro bono, Beschwerden, Anträge auf gerichtliche Überprüfung von Anträgen, spezifische Schritte im Verfahren für Beratende Arbeiten

Rechtliche Kliniken

Es gibt keine rechtlichen in spezialisierten Kliniken in Umweltangelegenheiten e&w oder NI verbracht werden. Die Zentren Bürgerberatungsstellen und Umweltbereich beitragen wird entweder auf oder jemanden, der helfen kann. Das Umweltrecht Zentrum Schottland bietet Beratung der Öffentlichkeit in Umweltfragen.

Öffentliche Einrichtungen

Die Stiftung ist die führende Organisation im Vereinigten Königreich, das kostenlose juristische Beratung mit den Umweltbelangen für die lokalen Gemeinschaften. Seit nahezu zwei Jahrzehnten wurde erstmals die Gewährung von kostenloser Rechtsberatung für bedürftige Bevölkerungsgruppen mit einer Reihe von Bedrohungen der Umwelt einschließlich der negativen Auswirkungen von Verschmutzung und Verlust von Grünflächen und biologischer Vielfalt. Ist die juristische Person des öffentlichen Rechts, eine inländische juristische Wohltätigkeitsorganisation zielt auf die Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Rechtsbehelfe für diejenigen, deren Zugang zu Gerichten eingeschränkt ist durch Armut oder eine andere Form von Nachteil. Einigen Umweltverfahren durchführen wird.

XIII Aktualität

Die Anträge müssen aber bestimmt werden, wenn sie binnen acht Wochen die Notwendigkeit von Umweltverträglichkeitsprüfungen auf sechzehn Wochen verlängert wird. Die Anträge müssen die Behörden gewöhnlich innerhalb von drei Monaten eine Entscheidung treffen, obwohl es auch andere Fristen in den Verordnungen. Lizenzen dürfen nicht für andere Anwendungen ist eine gesetzliche Verpflichtung zur Entscheidung innerhalb einer bestimmten Frist, sondern Behörden werden aufgefordert mitzuteilen, wie lange es dauert, die Lizenz zu erteilen.

Wenn ein Beschluss oder eine Umweltgenehmigung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist gilt der Bericht abgelehnt wurden. Zu, die es dem Antragsteller ermöglicht, Beschwerde oder dem Secretary of State oder unter bestimmten Umständen zu einer lokalen Stelle in Schottland.

Gerichtsverfahren

Vor dem 1. Juli 2013 Anträge auf gerichtliche Überprüfung in Umweltangelegenheiten e&w muss innerhalb von drei Monaten eingelegt wurden, die entsprechende Entscheidung. Die Zivilprozessordnung (54.5) gestellt werden, sind unverzüglich und in jedem Fall nicht später als drei Monate nach der Begründung erstmals geltend zu machen. Allerdings den Aspekt „unverzüglich“ nicht genau genug angesehen wurde. Die Rechtsvorschriften der EU so angesehen wird, wenn der Antragsteller über einen Zeitraum von drei Monaten – R (u & ptnrs (East Anglia) Ltd/Broads Behörde [2011] EWHC 1824 (ADMIN). Seit dem 1. Juli 2013 sind die Fristen für die Anmeldung einen Antrag auf gerichtliche Überprüfung wurde geändert, um sechs Wochen im Hinblick auf einen Beschluss im Rahmen der „Planung“ (Town and Country Planning Act 1990, der Planung (Gebäude und Naturschutzgebiete) Act 1990 die Planung (Gefährliche Stoffe) Act 1990 und der Planung (entsprechende Provisions) Act 1990). (der Zivilprozessordnung (Änderungsantrag Nr. 2013). 4.

Fristen für die Erhebung von Klagen der Belästigungen, Verletzung des Eigentumsrechts oder Fahrlässigkeit in den Limitation Act 1980 (e&w). Gemäß Section 2 des Limitation Act 1980 eine Klage, die auf eine unerlaubte Handlung – wie Belästigung – innerhalb von sechs Jahren ab dem Tag, an dem der Anspruch entstanden ist. Nach Section 6 des die Verjährung und die Rechtsverluste (Scotland) Act 1973 die Forderung innerhalb von fünf Jahren erhoben werden muss. Gemäß Artikel 6 der Order (Northern Ireland) von 1989 wird der Zeitraum von sechs Jahren. Zu laufen beginnt entweder ab dem Tag der Schädigung oder – falls später – der Kläger wusste, die Schädigung sei ganz oder teilweise die Handlung oder Unterlassung behauptet wird, dass Belästigungen darstelle, Fahrlässigkeit oder der Aufsichtspflicht. „Wissen“ bedeutet hier eine Annahme in der Zurechnung – Ministerium für Verteidigung/ab & Regionen in äußerster Randlage [2012] UKSC 9.

Wenn eine Person die eine Klage zu erheben beabsichtigt, nach Section 82 des Environmental Protection Act 1990 im Referat „Richter und Staatsanwälte“ oder „Sheriff Court“, Bekanntmachung der Maßnahme ist eine Frist von 21 Tagen eingeräumt werden, bevor die Klage erhoben worden sei. (S. 82(6)). Angesichts der Art des Rechtsstreits noch die Umweltbelastung wird zu diesem Zeitpunkt bereits laufen.

Laufzeit der Fälle

Die Dauer der Untersuchung hängt von der Komplexität der tatsächlichen und rechtlichen Fragen. Bei der gerichtlichen Überprüfung – Mündliche Verhandlung – Nachweis von einem halben Tag in Anspruch nehmen kann, auf vier oder fünf Tagen benötigt. Ökologische Zivilverfahren, in denen beide

Seiten Zeugen und Sachverständige können viel länger dauern. Bei einem relativ einfachen Lärmbelästigung von zwei oder drei Tagen in Anspruch nehmen könnte. *Dobson/Thames Water Utilities Ltd [2011] EWHC 3253 (TCC) mehr als zehn Zeugen auf beiden Seiten und auf jeder Seite vier Sachverständigen, die sich mit verschiedenen Disziplinen.* Die sechs Wochen gedauert.

In Strafsachen verkündeten die Strafverfolgungsbehörde die Untersuchung sich über Monate oder gar Jahre ab dem Zeitpunkt der Straftat bei der Ausstellung von Verfahren. In der Regel gibt es eine erste Anhörung in einem der Sheriff Court“ oder innerhalb von drei Wochen ab dem Datum ausgestellt wurde. Wenn ein schuldig gemacht werden soll, wird das Gericht sie in der Regel innerhalb eines Monats; Obwohl in NI, England und Wales & kann ein Urteil, wenn sie der Ansicht sind, dass ihre Crown Court Straf bemessungsbefugnisse reichen nicht aus, um die mit der Straftat. Eine Zusammenfassung der Prüfung durch das Referat „Richter und Staatsanwälte“ oder in der Sheriff Court kann ein bis drei Tage; Obwohl mehr Fälle sind möglich. Ein schwerer Fall von dem Referat „Richter und Staatsanwälte“ bezeichnet werden, an den Crown Court. In einem Fall mit einer Crown Court zu überprüfen wird, um mehr als eine Verhandlung, die für mehrere Monate auszudehnen. Die Prüfung kann von einem Tag auf einen Monat oder mehr – für die Verfolgung eines solchen Straftaten in sechs Wochen zu Gerichtsverfahren geführt.

Frist für Entscheidungen

Es gibt keine festen Fristen für Richter zu urteilen. In einfachen Fällen der Richter (maygive e&w) unmittelbar im Anschluss an das Urteil mündlich gehört. Urteil in komplexeren Fällen können sich vorbehalten werden schriftlich und in der Regel zwei bis sechs Monate. Mehr als sechs Monate ist möglich, jedoch nicht üblich.

Da es keine festgesetzten Fristen gibt es keine Sanktionen gegen die Entscheidungen der Gerichte in Verzug. In Fällen, in denen es um die Fragen der Menschenrechte wird erwartet, dass unverzüglich Beschlüsse gibt.

XIV Sonstiges

Die Entscheidungen werden im UVP-Verfahren angefochten oder wenn eine Entscheidung getroffen werden kann. Wenn eine öffentliche Anhörung stattfindet, bevor Entscheidungen werden der Öffentlichkeit in der Lage sein wird, um die Untersuchung.

Zwar gibt es derzeit keine einheitliche Website der britischen Regierung in Bezug auf den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, der Informationen über die verschiedenen Aspekte sind über die zentrale Website der Regierung (<http://www.gov.uk/>) und die Websites der schottischen Regierung und der Northern Ireland Executive. <http://www.gov.uk/> Auch sind verfügbare Informationen und Meinungen UKELA oder von NRO wie Friends of the Earth und Gruppen wie die UKELA – UK Environmental Law Association).

Alternative Streitbeilegung in UK existiert. Es ist auf dem Zivilrechtsweg geltend zu machen. Das Protokoll über vorgerichtliche e&w (judicial review) heißt es: „Sowohl der Antragsteller als auch der Beklagten durch das Gericht erforderlich sein kann, den Nachweis dafür zu erbringen, dass alternative Mittel zur Beilegung ihrer Streitigkeit angesehen wurden. Die Gerichte sind der Auffassung, dass Rechtsstreitigkeiten, sollte nur in allerletzter Instanz zurückgegriffen werden und dass Forderungen verfrüht nicht erteilt werden sollte, wenn geprüft ist.“ weiterhin aktiv für die Öffentlichkeit zugänglich ist, z. B. durch Merkblätter, die die Dienststellen der Kommission zu „alternativen Merkblatt 23 Direkte Informationen des Juristischen Dienstes des Rates.

Die Mediation ist häufig bei Klagen von natürlichen oder juristischen Personen. Die Mediation ist jedoch in der gerichtlichen Überprüfung zugänglich ist – des öffentlichen Rechts nicht viel verwendet: 2009 Mediation sowie gerichtliche Überprüfungen.

Ein Ausländer, XV

Es gibt keine spezifischen Bestimmungen zur Bekämpfung von Diskriminierung im Hinblick auf Sprache im Herkunftsland oder dem Verfahrensrecht des Vereinigten Königreichs. Die Gerichte sind jedoch öffentliche Einrichtungen und unterliegt damit dem Equality Act 2010 rechtswidrig sind, die Diskriminierung auf der Grundlage der Rasse oder der Nationalität. Mit dem Gesetz wird eine Pflicht zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse im Einklang stehen muss, mit denen die Gerichte. Gerichte sind Leitlinien für die Gleichbehandlung aller Personen, die ihnen auf dem Prüfstand Bücher“ in „Richter, die z. B. die Gleichbehandlung – für England und Wales auf dem Prüfstand.

Verwendung verschiedener Sprachen in Gerichtsverfahren erleichtert wird. Welsh Sprachen wie intern in Anhörungen vorgesehen sind. Andere Sprachen mit einem Dolmetscher eingesetzt werden können. Gerichte werden von Broschüren in mehreren Sprachen.

Bestimmte Gericht in Strafsachen und der Gerichtshof sorgt dafür, dass die Dienste eines Dolmetschers und zahlt die Gebühr; Obwohl die Beklagte in Strafverfahren rechtskräftig, wenn die Gebühr ist Teil der Kosten er trägt. In Zivilsachen obliegt den Parteien vor, dass solche Vorkehrungen und die Gebühren zu entrichten.

XVI grenzüberschreitende Fälle

Das Vereinigte Königreich besteht aus Inseln mit Irland/Nordirland nur Landgrenzen, grenzüberschreitende Fälle sind sehr selten. Gemäß Regulation 24 der Infrastrukturplanung (UVP) Regulations 2009, die voraussichtlich erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Umwelt in einem anderen EWR-Staat dieser Staat mitgeteilt werden müssen. Anschließend kann das Verfahren nach den Verordnungen. Es gibt keine Verfahrensregeln für die Beteiligung der EU-Rechtsvorschriften wie die Richtlinie umgesetzt wurde, im Vereinigten Königreich vor Gericht zu regeln. Bestimmt die zivilrechtliche Verantwortlichkeit ist in den Übereinkommen wie dem Internationalen Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden von 1969, soweit relevant. In Teil III des Private International Law (Miscellaneous Provisions) Act 1995 regelt das anwendbare Recht. Section 11(2) (a) sieht vor, dass das Recht des Landes, in dem der Schaden entstanden ist, welches Recht anwendbar ist.

Gibt es im Recht des Vereinigten Königreichs keine Beschlüsse über „die Öffentlichkeit“ in einem grenzüberschreitenden Rechtsstreit.

Gibt es im Recht des Vereinigten Königreichs keine Entscheidungen darüber, ob ein Ausländer, der sich durch ein Projekt beeinträchtigt würden, die im Vereinigten Königreich ausreichend haben Interesse an der Teilnahme an eine öffentliche Untersuchung oder eine gerichtliche Überprüfung im Zusammenhang mit dem Projekt. Wenn er aber ein ausreichendes Interesse haben, wäre es möglicherweise nicht im Einklang mit dem Employment Equality Act 2010 ausschließen. Wenn man davon ausginge, dass die Person, die ein hinreichendes Interesse wäre das gleiche Verfahren wie für jedermann. Es unwahrscheinlich ist, dass die Prozesskostenhilfe zur Verfügung stehen, da die Kriterien „erhebliche oben erörterten allgemeinen öffentlichen Interesse“. Wenn eine Person in ein „hinreichendes Interesse“ verfügt, kann er/sie Verfahren teilnehmen können.

Obwohl es keine Entscheidungen der britischen Gerichte, wenn eine Person in dem ausländischen Staat beeinträchtigt werden könnten, auf den sich der Vorschlag bezieht, gibt es keinen Grund, ihm ein erhebliches Interesse haben könnte, nicht für die Zwecke der gerichtlichen Kontrolle.

Das Land ist das geeignete Forum ist, desto besser für die Sicherung einer geordneten Rechtspflege – Urteil Spiliada Maritime Corporation v. Consulex Ltd niedergelegt hat [1987] AC 460. Dies ist wahrscheinlich der Staat, dessen Recht auf den Rechtsstreit anwendbar ist. Im Vereinigten Königreich gemäß Section 11 des Private International Law (Miscellaneous Provisions) Act 1995 (Gesetz zur Änderung des anwendbaren Rechts ist in der Regel der Staat, in dem die Verletzung oder der Schaden eingetreten ist, dies ist jedoch im Einklang mit Abschnitt 12 vertrieben wurden. Wenn ein britisches Gericht in einem Rechtsstreit seine Zuständigkeit angenommen hat, angefochten werden kann, wird es für den Herausforderer, darzutun, dass die Entscheidung falsch sei. Da Gibraltar eine Landgrenze mit Spanien hat die Möglichkeit besteht, für grenzüberschreitende Fälle entstehen zu lassen. Siehe Anhang für weitere Einzelheiten.

Links zum Thema

Zugang zu Gerichten

Environmental Protection Act 1990: <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1990/43/contents>

Town and Country Planning Act 1990: <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1990/8/contents>

Environmental Information Regulations 2004 <http://www.legislation.gov.uk/uksi/2004/3391/contents/made>

<http://www.legislation.gov.uk/uksi/2004/3391/contents/made>

Vorschriften für die Kosten von Aarhus: <http://www.legislation.gov.uk/nisr/2013/81/regulation/3/made>

Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (<http://www.legislation.gov.uk/uksi/2009/153/made>) Regulations 2009

<http://www.legislation.gov.uk/uksi/2009/153/made>

Vorschriften für gerichtliche Überprüfung Maßnahmen (e&w) <http://www.justice.gov.uk/courts/procedure-rules/civil/rules/part54>

<http://www.justice.gov.uk/courts/procedure-rules/civil/rules/part54>

Vorschriften für gerichtliche Überprüfung Maßnahmen (s) <https://www.scotcourts.gov.uk/docs/default-source/rules-and-practice/rules-of-court/court-of-session/chap58.pdf?sfvrsn=12>

<https://www.scotcourts.gov.uk/docs/default-source/rules-and-practice/rules-of-court/court-of-session/chap58.pdf?sfvrsn=12>

Staatsanwaltschaften und Büros der Bürgerbeauftragten

Umweltagentur <http://www.environment-agency.gov.uk>

Scottish Environment Protection Agency (<http://www.sepa.org.uk>)

Bürgerbeauftragte des Vereinigten Königreichs <http://www.ombudsman.org.uk>

Bürgerbeauftragte Schottland: <http://www.scottishombudsman.org.uk>

Bürgerbeauftragte n.u. <http://www.ni-ombudsman.org.uk>

Umweltexperten

Der Preis beträgt 65 UKL (abgeschlossen) <http://www.endsreport.com/reports/endsdirectory2012>

Datenbank der Sachverständigen (kostenlos) – Nutzung von „Umwelt“ <http://www.expertsearch.co.uk>

Environmental Lawyers

<http://www.chambersandpartners.com/UK> Partner Kammern & <http://www.chambersandpartners.com/UK>

Rechtsanwaltskammern

Planung und der Rechtsanwaltskammer <http://www.peba.org.uk>

Spricht sich dafür aus (S) auf matters <http://www.advocates.org.uk/stables/specialareas/P003.html>

<http://www.advocates.org.uk/stables/specialareas/P003.html>

Rechtsanwalt (N.I.) <http://www.barlibrary.com/barristers-directory/?name=&yearofcall=&specialism=51&x=31&y=13&letter=>

<http://www.barlibrary.com/barristers-directory/?name=&yearofcall=&specialism=51&x=31&y=13&letter=>

Unentgeltlicher Umweltrechts Büros

Umweltrechts <http://www.elflaw.org>

Öffentlichen Rechts Projekt <http://www.publiclawproject.org.uk>

Nationale und internationale NRO

Friends of the Earth <http://www.foe.co.uk>

Greenpeace (<http://www.greenpeace.org.uk>)

Royal Society for the Protection of Birds (<http://www.rspb.org.uk>)

UK Environmental Law Association (<https://www.ukela.org>)

World Wide Fund for Nature UK (<http://wwf.org.uk>)

Informationen über den Zugang zu Gerichten

UK Environmental Law Association (<https://www.ukela.org>)

Informationen über ICAO-Tagung stärkt

Factsheet: Justizministerium https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/361537/crown-dependencies.pdf

Letzte Aktualisierung: 14/09/2016

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.